



An den Grossen Rat

21.5432.02

BVD/P215432

Basel, 18. August 2021

Regierungsratsbeschluss vom 17. August 2021

Schriftliche Anfrage Salome Bessenich betreffend «Mobilitätsmanagement-Strategie für die kantonalen Angestellten sowie die öffentlich-rechtlichen Betriebe»

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Salome Bessenich dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«In den Anfangszeiten von Corona im Frühjahr 2020 dachte man, die Probleme von pendelnden Arbeitnehmenden gehören möglicherweise für immer der Vergangenheit an. Keine morgendlichen und abendlichen Staus, keine mühsame Parkplatzsuche, weniger Luftverschmutzung und Lärmbelastung für die Umgebung. Auch wenn Home- und Remote-Office längerfristig den Arbeitsalltag vieler Arbeitnehmender weiterhin prägen wird; nicht alle Arbeiten können aus der Ferne getätigt werden und gewisse Infrastrukturen sind und werden zu Spitzenzeiten weiterhin überlastet sein.

Die eine Lösung ist Infrastrukturausbau, ein langwieriges und kostspieliges Unterfangen, mit dem man permanent dem Bedarf hinterherhinkt, weil stets Rebound-Effekte die neu erreichten Kapazitäten zunichte machen. Die andere Lösung liegt in einem verbesserten Mobilitätsmanagement. Mobilitätsmanagement bietet einen nachfrageorientierten und gezielten Ansatz zur Förderung von stadt-, infrastruktur- und umweltfreundlicher Mobilität, unter dem verkehrsmittel-übergreifende Strategien, Handlungskonzepte und Massnahmen zugunsten eines effizienteren und verträglicheren Verkehrs zusammengefasst werden. Gutes Mobilitätsmanagement trägt damit also zu einer verbesserten Erreichbarkeit bei und schont dabei Infrastruktur und Umwelt.

Besonders grosse Hebelwirkung haben dabei auch Mobilitätsmanagement-Strategien von Arbeitgeber*innen. So entwickelte bspw. die Klinik St. Anna in Luzern in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund Luzern (VVL), der Stadt Luzern, der VBL und der SBB ein Mobilitätskonzept für ihre Mitarbeitenden. Innerhalb von weniger als zwei Jahren konnte so durch eine Kombination von positiven Anreizen wie Beteiligung an ÖV-Abos, Gutscheinen für Sportgeschäfte und Beiträge an Taxifahrten die Anzahl Mitarbeitender, die mit dem Auto zur Arbeit kommen, halbiert werden. Besonders positiv für die Klinik ist dabei, dass sich die Pünktlichkeit und Zufriedenheit der Arbeitnehmenden verbessert hat und zudem das Parkhaus nicht mehr überlastet ist und für Patientinnen und Patienten zur Verfügung steht.

Mit der Handelskammer beider Basel besteht auch in Basel-Stadt bereits ein Angebot, das private Unternehmen beim Aufbau und der Umsetzung eines eigenen Mobilitätsmanagements unterstützt. Insbesondere aber der Kanton als Arbeitgeber von rund 11'000 Personen und Aufsichtsgremium über die öffentlich-rechtlichen Anstalten mit weiteren ca. 10'000 Angestellten hat auch selbst die Chance, positive Anreize für ein platzsparendes und umweltschonendes Mobilitätsverhalten seiner Mitarbeitenden zu setzen.

Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Haltung, dass gezielte Strategien im Bereich Mobilitätsmanagement zu einer Entlastung und besseren Ausnützung von Infrastrukturen beitragen können?
2. Gibt es Erhebungen/Statistiken zur Mobilität der Arbeitnehmenden des Kantons und der öffentlich-rechtlichen Betriebe und wenn ja, wo sind diese einsehbar?
3. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, das bisherige verwaltungsinterne Mobilitätsmanagement (Checkliste für Departemente sowie periodische Berichterstattung) mit weiteren, spezifischen Angeboten und positiven Anreize für eine platzsparende und umweltschonende Mobilität zu erweitern?¹ Auf wann ist der

- nächste Zwischenbericht zur Umsetzung des Mobilitätsmanagements in der Kantonsverwaltung Basel-Stadt geplant?
4. Gibt es bereits Mobilitätsmanagement-Strategien bei den öffentlich-rechtlichen Betrieben und wenn ja, bei welchen und bei welchen warum nicht? Sind diese Strategien öffentlich oder wenn nicht, können diese publiziert werden? Welches sind die Kernpunkte dieser Strategien?
 5. Kann sich der Regierungsrat mit Blick auf die ausgelagerten Betriebe vorstellen,
 - a. eine entsprechende Vorgabe für ein verbessertes Mobilitätsmanagement bspw. in Eignerstrategien, Leistungsvereinbarungen oder andere gemeinsame Vereinbarungen aufzunehmen?
 - b. öffentlich-rechtliche Betriebe bei der Erarbeitung und Umsetzung eines Mobilitätsmanagements zu unterstützen?
 - c. sich hinsichtlich der trinationalen Situation auch für spezifische, grenzüberschreitende Angebote einzusetzen?
 - d. eine gezielte Zusammenarbeit unter den öffentlich-rechtlichen Betrieben zu unterstützen, vorrangig unter Einbezug von Mobilitätsdienstleistern wie der BVB, aber auch von privaten Mobilitätsdienstleistern wie Mobility oder dem bald zur Verfügung stehenden Basler Veloverleihsystem?

¹ <https://www.mobilitaet.bs.ch/gesamtverkehr/mobilitaetsmanagement/mobilitaetsmanagement-in-der-verwaltung.html>

Salome Bessenich»

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Einleitung

Mit Massnahmen des Mobilitätsmanagements trägt der Regierungsrat dazu bei, verschiedene Zielgruppen für bewusste Mobilitätsentscheidungen zu sensibilisieren. Er richtet sich mit seinen Aktivitäten beispielsweise an Kinder und Jugendliche, Pendlerinnen und Pendler sowie gezielt an Unternehmen und die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung. Im Verkehrspolitischen Leitbild ist Mobilitätsmanagement als eines von sieben strategischen Handlungsfeldern verankert. Das Verkehrspolitische Leitbild wird gegenwärtig zur Mobilitätsstrategie «Basel unterwegs – klimafreundlich ans Ziel» weiterentwickelt. Darin wird zielgruppenspezifisches Mobilitätsmanagement weiterhin als ein wichtiger Baustein mit geeigneten Massnahmen enthalten sein.

2. Zu den einzelnen Fragen

1. *Teilt der Regierungsrat die Haltung, dass gezielte Strategien im Bereich Mobilitätsmanagement zu einer Entlastung und besseren Ausnutzung von Infrastrukturen beitragen können?*

Der Regierungsrat ist überzeugt, dass Massnahmen des Mobilitätsmanagements dazu beitragen können, die verkehrs-, umwelt- und klimapolitischen Ziele des Kantons Basel-Stadt zu erreichen. Er hat daher schon 2015 Mobilitätsmanagement in den strategischen Grundlagen verankert und konkrete Massnahmen dazu formuliert.

2. *Gibt es Erhebungen/Statistiken zur Mobilität der Arbeitnehmenden des Kantons und der öffentlich-rechtlichen Betriebe und wenn ja, wo sind diese einsehbar?*

Es gibt bisher keine systematischen Erhebungen zur Mobilität der Arbeitnehmenden des Kantons Basel-Stadt bzw. der öffentlich-rechtlichen Betriebe.

3. *Kann sich der Regierungsrat vorstellen, das bisherige verwaltungsinterne Mobilitätsmanagement (Checkliste für Departemente sowie periodische Berichterstattung) mit weiteren, spezifischen Angeboten und positiven Anreize für eine platzsparende und umweltschonende Mobilität zu erweitern?*

Grundsätzlich kann sich der Regierungsrat weiterführende Massnahmen vorstellen. Mit der Erhebung des Justiz- und Sicherheitsdepartements «Der Fussabdruck des JSD – ganz konkret» liegen

erste Erkenntnisse zum Klimafussabdruck eines Departements vor. Mit den weiterführenden Erhebungen des Amtes für Umwelt und Energie zum Ausstoss von Treibhausgasen werden Grundlagen geschaffen, um wirkungsvolle Massnahmen für umweltschonende Mobilität ableiten zu können. Diese sollen auch für andere Verwaltungsstellen anwendbar sein (vgl. Schreiben des Regierungsrats zur Schriftlichen Anfrage Oliver Thommen betreffend «Klimafussabdruck-Studie des JSD», 21.5334.02).

4. Auf wann ist der nächste Zwischenbericht zur Umsetzung des Mobilitätsmanagements in der Kantonsverwaltung Basel-Stadt geplant?

Die nächste Berichterstattung erfolgt im Rahmen der öffentlichen Vernehmlassung der neuen Mobilitätsstrategie «Basel unterwegs – klimafreundlich ans Ziel» im Herbst 2021.

5. Gibt es bereits Mobilitätsmanagement-Strategien bei den öffentlich-rechtlichen Betrieben und wenn ja, bei welchen und bei welchen warum nicht? Sind diese Strategien öffentlich oder wenn nicht, können diese publiziert werden? Welches sind die Kernpunkte dieser Strategien?

Die öffentlich-rechtlichen Betriebe agieren als selbstorganisierte Unternehmen. Sie ergreifen Massnahmen im Sinne der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes, z.B. bei Dienstreisen (vgl. Schreiben des Regierungsrats zur Motion Jörg Vitelli und Konsorten betreffend „Basel pro Klima: Bahnreisen [...]“, 19.5147.03). Der Regierungsrat hat keine umfassende Kenntnis von Mobilitätsmanagement-Strategien der öffentlich-rechtlichen Betriebe. Für die Beantwortung vorliegender schriftlichen Anfrage wurde keine entsprechende Umfrage bei den öffentlich-rechtlichen Betrieben durchgeführt.

6. Kann sich der Regierungsrat mit Blick auf die ausgelagerten Betriebe vorstellen,

- a. eine entsprechende Vorgabe für ein verbessertes Mobilitätsmanagement bspw. in Eignerstrategien, Leistungsvereinbarungen oder andere gemeinsame Vereinbarungen aufzunehmen?*
- b. öffentlich-rechtliche Betriebe bei der Erarbeitung und Umsetzung eines Mobilitätsmanagements zu unterstützen?*
- c. sich hinsichtlich der trinationalen Situation auch für spezifische, grenzüberschreitende Angebote einzusetzen?*
- d. eine gezielte Zusammenarbeit unter den öffentlich-rechtlichen Betrieben zu unterstützen, vorrangig unter Einbezug von Mobilitätsdienstleistern wie der BVB, aber auch von privaten Mobilitätsdienstleistern wie Mobility oder dem bald zur Verfügung stehenden Basler Velo-verleihsystem?*

Bereits seit 2009 besteht unter dem Stichwort «Mobilitätsmanagement für Unternehmen» ein Beratungsangebot für Unternehmen, von dem auch die ausgelagerten Betriebe profitieren können. Nachhaltige Mobilität war in den letzten Jahren immer wieder Inhalt von Gesprächen mit ausgelagerten Betrieben und weiteren Unternehmen unter anderem der IWB, dem UPK, den Basler Versicherungen, Selmoni oder dem Claraspital sowie auch mit der Gemeinde Riehen. Der Regierungsrat wird das Thema weiterverfolgen. So ist z.B. neu geplant den Kanton Basel-Landschaft sowie die Gemeinden der Agglomeration einzubinden. Gegenwärtig wird dazu eine gemeinsame Projektskizze erarbeitet.

Darüber hinaus möchte der Regierungsrat zukünftig verstärkt Zielvorgaben für die ausgelagerten Betriebe festlegen und im Rahmen der Eignerstrategie verankern. Dies könnte z.B. die Einführung einer Mobilitätsstrategie umfassen. Die konkrete Umsetzung von Massnahmen liegt allerdings in der Kompetenz der Betriebe und kann vom Regierungsrat nicht direkt gesteuert werden.

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Für Fragen der Mobilität in der trinationalen Region hat der Trinationale Eurodistrict Basel TEB ein Mobilitätsportal eingerichtet. Die Webseite liefert wichtige Informationen zur Mobilität für die Nordwestschweiz, Region Grand-Est und Baden-Württemberg.

Der Regierungsrat wird die Massnahmen für zielgruppenspezifisches Mobilitätsmanagement auch in der zukünftigen Mobilitätsstrategie verankern, konkrete Massnahmen ausarbeiten und zielgruppengerecht umsetzen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin